

Wie wird man Berufspolitiker ?

Was ist faul im Staate Deutschland? Warum haben wir den Eindruck, die Karre fährt mit Vollgas gegen die Wand? Egal wen wir gerade wählen, es ändert sich so gut wie nichts. Warum wird ein Politiker überhaupt gewählt? Er macht vor der Wahl bestimmte Aussagen. Er erläutert seine politische Agenda, er legt seine „roten Linien“ fest, um gewählt zu werden. Was passiert aber, wenn er die Wahl genau deshalb gewonnen hat? Was macht das mit seinen Wählern, wenn er kaum zwei Tage nach der gewonnenen Wahl genau das Gegenteil von dem erzählt wie vor der Wahl?

Die meisten fühlen sich auf gut Deutsch verarscht. Die Antwort einiger Politiker:

Man müsse auch manchmal „eine Perspektive korrigieren“. Dies sei „moderne Politik“... Was muss man für eine derartig verzerrte Perspektive einnehmen?

Um es ganz einfach, in leichter Sprache zu sagen: Das ist Wahlbetrug vor der Wahl.

Ein Politiker braucht keine klassische Ausbildung. Es gibt Politiker ohne abgeschlossene akademische, sogar ohne jegliche abgeschlossene Ausbildung. Unbestritten ist, dass viele Politiker eine akademische Ausbildung z.B. in Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften oder Wirtschaftswissenschaften vorweisen können. Wie aber sieht es mit der Kompetenz unserer Politiker in Sachen Wissenschaft und Technik aus?

Von 736 Abgeordneten des letzten Bundestages hatten nur 40 Abgeordnete ein ingenieurwissenschaftliches Studium absolviert. Viele politische Entscheidungen erfordern jedoch technisches Grundverständnis. Wir stellen leider fest, dass die wissenschaftliche Evidenz politischer Entscheidungen nicht immer gegeben ist. Anders gesagt: politische Forderungen basieren weniger auf allgemein bekannten Naturgesetzen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Oft dient eine getroffene politische Entscheidung nur noch der Durchsetzung einer Ideologie. Insofern muss man sich als Bürger nicht wundern, wenn faktisch falsch und dabei meistens gegen seine Interessen entschieden wird.

Warum ist so etwas möglich? Was passiert bis zur Wahl?

Wir haben in Deutschland ein Parteiensystem. Im jeweiligen Parlament, hier im Bundestag, bilden die Parteien Fraktionen. Innerhalb der Fraktionen herrscht Fraktionszwang, was immer wieder dazu führt, dass sich tatsächlich sachkundige Abgeordnete gegen ihre eigene Expertise entscheiden müssen. Eine Partei ist nur im deutschen Bundestag vertreten, wenn sie mehr als 5 % der Wählerstimmen erhält. Die Parteien wählen intern ihre Kandidaten für den Deutschen Bundestag. Auf dem Wahlzettel können wir eine Person und eine Partei wählen (Erststimme) und eine

Partei wählen (Zweitstimme). Die namentliche Wahl eines Bundeskanzlers ist nicht möglich.

Nach der Wahl wird unter anderem die Besetzung wichtiger Ämter festgelegt. Die Auswahl der Minister erfolgt ausschließlich nach politischen Kriterien. Ein Minister muss also keinerlei Sachkenntnis zu den Aufgaben seines Ministeriums besitzen. Es gab in der Vergangenheit regelrechte Rotationen der Ministerämter. Deshalb gewinnen wir mitunter den Eindruck, dass selbst das Allgemeinwissen eines Grundschülers bei Entscheidungsträgern nicht vorhanden ist. Entwickeln wir uns zu Schildbürgern? Wollen wir das zulassen?

Wir haben ein Wahlsystem, das uns Bürger eigentlich von der Wahl ausschließt. Wen und was wir wählen hat keine Bedeutung. Die Wahlversprechen der Politiker sind beliebig. Die eigentlichen Entscheidungen werden nach der Wahl getroffen. Wir haben darauf keinen Einfluss.

“I have a dream“ – Martin Luther King

Wir brauchen keine Berufspolitiker auf Lebenszeit.

Ein Abgeordneter sollte nur für zwei Legislaturperioden wiedergewählt werden.

Das Parteienwahlrecht gehört abgeschafft.

Jeder wahlberechtigte Bürger kann sich in seinem Wahlkreis bewerben. Der Bundestag hat so viele Sitze, wie das Land Wahlkreise hat.

Alle Ministerien werden von fachlich qualifizierten Personen geführt.

Die Funktion eines Fachministers wird deutschlandweit ausgeschrieben.

Die Auswahl der Fachminister erfolgt in einem öffentlichen Verfahren.

Ein Fachminister erhält ein Vetorecht.

Nichtwähler sind ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft. Bei der letzten Bundestagswahl hätte die „Fraktion“ der Nichtwähler einen Anteil von 17,2 %.

Deshalb müssen auch die Nichtwähler im Bundestag vertreten sein.

Nichtwähler werden durch die Bundesregierung in einem transparenten Verfahren aus allen wahlberechtigten Bürgern berufen. Eine solche Berufung ist verpflichtend.

